

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

Landeselternbeirat der  
Kindertageseinrichtungen NRW

## Wahlprüfsteine des Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen NRW

### 1. Frühkindliche Bildung/KiBiz/Arbeitsmarktsituation

---

**1. Halten Sie die derzeitigen Personalschlüssel in den Kindertagesstätten für ausreichend? Falls nicht, welchen Personalschlüssel streben Sie an?**

**Wie stellen Sie eine Berechnungsgrundlage sicher, die Fortbildung, Krankheit, Urlaubszeiten, Schwangerschaften, Verwaltungstätigkeiten des Fachpersonals beinhaltet?**

Die LINKE hält den derzeitigen Personalschlüssel für nicht ausreichend und die Berechnung für fragwürdig. Als LINKE setzen wir uns seit Jahren für ein Kitaqualitätsgesetz auf Bundesebene ein, da nicht sein darf, dass Kinder teilweise von Ort zu Ort unterschiedliche Bedingungen in den Frühfördereinrichtungen vorfinden. Dabei setzen wir insbesondere auf eine bessere Fachkraft-Kind-Relation, die Fortbildungs-, Vor- und Nachbereitungs- sowie Krankheitszeiten und Elterngespräche berücksichtigt. Ebenfalls setzen wir uns für eine Freistellung für Leitungstätigkeiten ein. Hier gibt es einen breiten gesellschaftlichen Diskurs, dem wir uns anschließen. Dementsprechend fordern wir eine Fachkraft-Kind-Relation von 1:3 im Bereich U3 und 1:7,5 bei Kindern über drei Jahren. Solange es keine bundesgesetzliche Regelung gibt, möchten wir diese Qualitätsstandards im längst überfälligen neuen Kitagesetz für NRW entsprechend festschreiben.

### 1. Frühkindliche Bildung/KiBiz/Arbeitsmarktsituation

---

**2. Durch steigende Nachfrage nach U3-Plätzen und einer steigenden Geburtenrate hinkt die Anzahl der Plätze dem Bedarf immer noch hinterher. Wie ist aus Ihrer Sicht eine bedarfsgerechte U3, aber auch Ü3 Versorgung zu erreichen?**

Der Kitausbau bleibt weit hinter den Erfordernissen zurück und NRW bildet seit langem das Schlusslicht im Bundesländervergleich. Expert\*innen sprechen von aktuell 350.000 fehlenden Kitaplätzen im gesamten Bundesgebiet - ein großer Teil davon fehlt in NRW mit seiner traditionell geringen Betreuungsquote. Um die Defizite zu beheben braucht es einen Kraftakt, dem sich der Bund nicht entziehen kann. Daher fordern wir ein Kitaqualitätsgesetz auf Bundesebene, das eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Kosten sowohl für den Ausbau als auch für den Betrieb von Kinderfrühförderungseinrichtungen beinhaltet. Auch auf Landesebene sollte viel stärker nach Möglichkeiten gesucht werden, um die Kommunen in ihren Bemühungen um einen Ausbau von Kitaplätzen zu unterstützen.

### 1. Frühkindliche Bildung/KiBiz/Arbeitsmarktsituation

---

**3. Viele Einrichtungen haben Schwierigkeiten geeignete Kräfte zu finden, so dass oftmals Stellen über Monate unbesetzt bleiben. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen?**

Der Fachkräftemangel ist ein gravierendes Problem und steht dem bedarfsgerechten Kitausbau zunehmend im Weg. Daher ist es notwendig, den Erzieher/-innenberuf als Mangelberuf zu erklären, da hier zehntausende Fachkräfte fehlen. Mit der Auszeichnung als Mangelberuf werden Fördermöglichkeiten für die Erzieher/-innenausbildung verbessert. DIE LINKE lehnt Schmalspurausbildungen ab und fordert eine Ausbildungsoffensive für Erzieherberufe. Gleichzeitig ist es notwendig, die Tätigkeit in Kinderfrühfördereinrichtungen besser zu entlohnen und aufzuwerten. Nur mit attraktiven Arbeitsbedingungen wird es uns gelingen, hier zu einer Kehrtwende zu gelangen.

### 1. Frühkindliche Bildung/KiBiz/Arbeitsmarktsituation

---

**4. Halten Sie die bisherigen Maßnahmen zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund für ausreichend? Falls nicht, was möchten Sie tun, um die Integration dieser Kinder zu verbessern?**

Die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund hängt eng mit den vorhandenen Betreuungskapazitäten vor Ort und der Ausstattung der Einrichtungen zusammen. Für eine gelingende Sprachförderung in der Kita müssen mehr personelle Ressourcen bereitgestellt werden. Auch die Eltern aus Familien mit Migrationshintergrund wollen das Beste für ihre Kinder. Hier besteht Handlungsbedarf.

### 1. Frühkindliche Bildung/KiBiz/Arbeitsmarktsituation

---

**5. Halten Sie die bisherigen Maßnahmen zur Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien für ausreichend? Falls nicht, was möchten Sie tun, um die Integration dieser Kinder zu verbessern?**

Die Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien hängt eng mit den vorhandenen Betreuungskapazitäten vor Ort, der Ausstattung der Einrichtungen und möglichen Zugangsbarrieren (sprachliche Verständigungsschwierigkeiten mit Eltern oder

deren Informationsdefizite, ohnehin zu große Gruppen) zusammen. Hier besteht Handlungsbedarf auch in dem Bereich der erlebten Traumata. Wir brauchen ausreichend Personal, das hierfür besonders ausgebildet ist.

## 1. Frühkindliche Bildung/KiBiz/Arbeitsmarktsituation

---

**6. Halten Sie die bisherigen Maßnahmen zur Inklusion von Kindern mit Behinderungen für ausreichend? Falls nicht, was möchten Sie tun, um die Integration dieser Kinder zu verbessern?**

Auch hier besteht Nachholbedarf in mehrerlei Hinsicht. Dreh und Angelpunkt sind auch hier die grundsätzlichen Ausstattungen der Einrichtungen. Wir brauchen Personal, das hierfür besonders ausgebildet ist. Zudem haben sich die Beschäftigungsmöglichkeiten für Therapeut\*innen in Kindertagesstätten mit der Neuregelung durch den Landschaftsverband Rheinland verschlechtert. Hier muss nachgebessert werden.

## 1. Frühkindliche Bildung/KiBiz/Arbeitsmarktsituation

---

**7. Allgemeiner Konsens zwischen den Parteien ist die Entwicklung eines neuen Gesetzes, dass das KiBiz ablösen soll. Wie sehen Ihre Eckpunkte für ein neues Gesetz aus?**

Die LINKE will die Qualität in Kitas stärken. Mit Eltern und Gewerkschaften wollen wir ein neues Kitagesetz entwickeln, welches „bestehende gewerkschaftliche Vorstellungen dazu aufgreift (Vorschlag GEBT von ver.di)“. Aktuell ist die Fachkraft-Kind-Relation zu niedrig, die Gruppen sind zu groß und es mangelt an Fachpersonal, etwa für Sprachförderung, Musikerziehung...

Wir wollen

- Eine feste Gruppenfinanzierung statt Kindpauschalen,
- Übernahme der tatsächlich anfallenden Kosten durch das Land (auch Bundesbeteiligung prüfen)
- Feste unbefristete Arbeitsverträge für Kitabeschäftigte
- Verlässliche Öffnungszeiten (6-18 Uhr) und Konzepte für Notbetreuung über Regelzeiten hinaus. Aber auch: Anpassung der Arbeitszeiten an Familienbedarfe und nicht umgekehrt (24-Std.Kita)
- Kleinere Gruppen und verbesserte Fachkraft-Kind-Relation (wie Vorschlag GEBT oder der Gewerkschaften: Faktorisierung jüngerer Kinder und Höchstgruppengröße bei 20).
- Mehr Zeit für Vorbereitung, Dokumentation und Elterngespräche. Leitungsfreistellung und hauswirtschaftliche Kräfte sowie multiprofessionelle Teams sind zu finanzieren.
- Abschaffung der Kitagebühren. Solange es sie gibt, landesweit einheitlich geregelt.

Nötig ist auch eine Sonderförderung je nach Sozialindex (Einrichtungs- und Sozialraumbezogen), damit Einrichtungen, die viele Kinder aus benachteiligten Familien aufweisen, besser ausgestattet werden können (ähnlich PLusKita)

## 1. Frühkindliche Bildung/KiBiz/Arbeitsmarktsituation

---

**8. Allgemeiner Konsens zwischen den Parteien ist die Entwicklung eines neuen Gesetzes, dass das KiBiz ablösen soll. Wie sehen Ihre Eckpunkte für ein neues Gesetz aus? Wie kann man den Kindern den Bezug zur Herkunft und Zubereitung von Lebensmitteln wieder näher bringen?**

DIE LINKE setzt sich seit langem für gute Ernährung in Kitas und Schulen ein und fordert hierfür ein spezielles Bundesprogramm. Es liegt an den Einrichtungen vor Ort, hier die passenden Konzepte auszuwählen. Wir möchten, dass in mehr Einrichtungen frisch gekocht wird, wobei Kinder hierbei durchaus im Sinn der Ernährungsbildung phasenweise mit einbezogen werden können. Das Wissen der Kinder über Ernährung und Lebensmittel kann zudem durch gemeinsames Einkaufen, eigenes Gärtnern oder Projekttag vermittelt werden.

## 2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

---

**9. Die derzeitigen täglichen Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen sind nicht für alle Eltern ausreichend und meist nicht flexibel. Benennen Sie Möglichkeiten, um die Eltern mit ihren Kindern zu unterstützen.**

DIE LINKE setzt sich für ein Kitaqualitätsgesetz auf Bundesebene ein, dass bedarfsgerechte Öffnungszeiten beinhaltet und unabhängig von der Situation der Eltern den Kindern ein Recht auf ganztägige Förderung ermöglicht. Dabei müssen Randzeiten in der Betreuung, die sich z.B. durch die Berufstätigkeit der Eltern ergeben, gewährt werden. Generell vertreten wir aber die Auffassung, dass die Arbeitswelt familienfreundlicher werden muss und Kindertagesbetreuung dem Kindeswohl Rechnung zu tragen hat. Solange die Regelungskompetenz Ländersache ist, müssen diese Aspekte im neuen Kitagesetz für NRW geregelt sein. Wir setzen uns für Kitaöffnungszeiten von 6 bis 18 Uhr ein, wobei auch ergänzende Konzepte für Übergangszeiten außerhalb der Regelöffnung von Einrichtungen nötig sind.

## 2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

---

**10. Leider gibt es immer noch Schwierigkeiten bei der Übergangsbetreuung beim Übergang Kita/Schule. Welche Maßnahmen können Ihrerseits ergriffen werden?**

DIE LINKE setzt sich für eine verstärkte Kooperation von Kitas und Grundschulen vor der Einschulung, Schnuppertage für angehende Erstklässler\*innen an Grundschulen und eine vor Ort zu regelnde Harmonisierung der Schließzeiten von Kitas in den Schulferien ein.

## 2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

---

**11. Der Betreuungsbedarf der Eltern kann sich während des Kindergartenjahres ändern. Bisher können sich die Eltern aber nur 1x im Jahr für ein bestimmtes Kontingent entscheiden. Was kann Ihrer Ansicht nach getan werden, um hier mehr Flexibilität für die Eltern zu schaffen?**

Das KiBiZ-Modell der unterschiedlichen Buchungszeiten ist praktisch gescheitert. 25-Wochenstunden werden kaum nachgefragt und viele Kitas bieten aus Kostendeckungsgründen in der Praxis lediglich die Möglichkeit, 45-Wochenstunden zu buchen. In diesem System sind unterjährige Veränderungen in der Buchungszeit für die Einrichtungen problematisch, weil sie Personal eingeplant haben, was nun finanziert werden will. Dieses System von Buchungszeiten, dem die Finanzen mit den Kindpauschalen folgen, hat ausgedient. Einem veränderten Betreuungsbedarf muss auch unterjährig Rechnung getragen werden können. Deshalb will DIE LINKE eine Gruppenfinanzierung im neuen Kitagesetz, um individuellen Buchungszeiten überflüssig zu machen.

## **2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

---

**12. Immer mehr Eltern, insbesondere auch Väter wünschen sich mehr Zeit für Ihre Kinder. Doch wirtschaftlicher Zwang durch steigende Lebenshaltungskosten, befristete Arbeitsverhältnisse, eine fehlende Akzeptanz von Elternzeit und die Angst beruflich ins Abseits zu geraten, wenn Eltern in Teilzeit gehen, stehen diesem Wunsch oftmals entgegen. Welche familienpolitischen Ideen haben Sie zur Lösung der genannten Probleme junger Familien.**

**Wie kommen wir zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z.B. durch familienfreundlichere Arbeitszeiten statt einer ständigen Flexibilisierung der Eltern und Kinder?**

Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf keine Frage der individuellen Durchsetzungsfähigkeit und der Bereitschaft zum Entgegenkommen der Arbeitgeber sein. Daher stehen Politik und Unternehmen in der Verantwortung für eine familienfreundliche Arbeitswelt zu sorgen. Die Rechte von Eltern im Berufsleben müssen gestärkt werden. DIE LINKE fordert daher, den Kündigungsschutz für Eltern bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes auszuweiten. Außerdem muss die Situation für Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer verbessert werden. Das verankerte Rückkehrrecht auf einen gleichen oder gleichwertigen Arbeitsplatz muss gestärkt werden. Zur weiteren Verbesserung von Familie und Beruf sollen Eltern mit Kindern im Alter von unter 12 Jahren ein Initiativrecht zur Gestaltung ihrer regulären Arbeitszeit erhalten. Das Recht auf Teilzeitarbeit soll durch einen Rechtsanspruch auf Rückkehr zu einer Vollzeitstelle ergänzt werden.

## **3. Finanzierung**

---

**13. Welchen Betrag aus dem Landeshaushalt sieht Ihre Partei zukünftig jährlich für die Finanzierung der Kinder im Kindergartenalter vor?**

Eine seriöse Bezifferung der zukünftigen Ausgaben für frühkindliche Bildung ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, da es dringend eines neuen Kitagesetzes bedarf, welches eine neue Kitafinanzierung jenseits von Kindpauschalen realisiert. Klar ist, dass mehr Geld ins System fließen muss. Dies ist dringend nötig für eine Verbesserung der Qualität hinsichtlich einer besseren Fachkraft-Kind-Relation, für Vor- und Nachbereitungszeiten und für Krankheitsvertretungen von Erzieher\*innen, eine Verkleinerung der Gruppen und eine Leitungsfreistellung. Ein weiterer großer Haushaltsansatz wird die Einführung von Gebührenfreiheit einschließlich kostenloser Mittagsmahlzeiten (s. Folgefrage) sein sowie (die Bundesmittel ergänzende) Landesinvestitionsmittel für die Schaffung neuer Kitaplätze.

## **3. Finanzierung**

---

**14. Möchten Sie die Eltern von Elternbeiträgen entlasten oder sind Sie für die vollständige Beitragsfreiheit der Kindertagesbetreuung? Wenn ja, in welcher Höhe und in welchem Zeitraum wollen Sie die Entlastung/Beitragsfreiheit umsetzen?**

DIE LINKE. NRW strebt, wie in anderen Bundesländern bereits verwirklicht, eine gebührenfreie Kindertagesbetreuung und Bildung insgesamt an. Dieser Schritt ist aber nicht von heute auf morgen zu vollziehen. Unser Ziel ist also die komplette Beitragsfreiheit für Eltern einschließlich kostenloser Mittagsmahlzeiten, welche wir schrittweise einführen möchten, um Familien zu entlasten. Die Beitragsfreiheit für ein Kontingent von 30 Stunden würde für die i.d.R. höheren Betreuungsbedarfe berufstätiger Eltern nicht ausreichen, womit sich die Beitragslast auf die Zusatzbuchungen zu verschieben droht. Die momentan existente völlig unterschiedliche Höhe der Elternbeiträge je nach Kommune ist ungerecht und muss - bis die Beitragsfreiheit vollständig realisiert ist - landesweit einheitlich sozial gestaffelt geregelt werden.

## **3. Finanzierung**

---

**15. Was hat für Ihre Partei Priorität: Der Ausbau des Betreuungsangebots, die Verbesserung der Personalschlüssel/Qualität oder die Beitragsfreiheit der Eltern?**

Wer die Förderung von Kindern ernst nimmt, muss in allen drei Bereichen weiterkommen.

## **3. Finanzierung**

---

**16. Falls Sie eine Erhöhung der Ausgaben für frühkindliche Bildung/Kindesbetreuung vorsehen: Wie verteilen Sie den Mehrbetrag auf a) Ausbau des Betreuungsangebots, b) Verbesserung des Personalschlüssels/Qualität c) Verringerung der Elternbeiträge ?**

Wie bereits beschrieben, setzt sich DIE LINKE ein für ein Kitaqualitätsgesetz auf Bundesebene mit einer stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes. Für das gesamte Bundesgebiet rechnen wir hierbei mit zusätzlichen Ausgaben um die 15 Mrd. Euro, die überwiegend durch den Bund im Rahmen der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet getragen werden

müssen.

### 3. Finanzierung

---

#### 17. Wie soll die Finanzierung dieser Beträge erfolgen?

Die Finanzierung frühkindlicher Bildung ist im KiBiZ geregelt. Aktuell sind es vorwiegend Mittel aus dem Landeshaushalt, ergänzt durch Mittel der Kommunen, Eigenanteile der Träger und durch Elternbeiträge. Da die meisten Kommunen schon an ihrer Belastungsgrenze angekommen sind und auch die unterschiedlichen Trägeranteile für manche Trägergruppen (wie Kirchen und kommunale Jugendämter) zum Hindernis für den Betrieb neuer oder den Erhalt bestehender Kitas geworden sind, müssen im neuen Kitagesetz deutliche Entlastungen geschehen. Die Mittel im Landeshaushalt (auch in der mittelfristigen Finanzplanung) sind entsprechend bedarfsgerecht zu erhöhen. Perspektivisch muss sich auch der Bund stärker an der Kitafinanzierung beteiligen, weshalb wir uns für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes in der Bildung und die Einführung von (finanziell unterlegter) Qualitätsstandards auf Bundesebene stark machen.

### 3. Finanzierung

---

#### 18. Wie sehen Sie die höchst unterschiedlichen Beitragshöhen und Beitragsstufen in den Kommunen in NRW?

DIE LINKE setzt sich seit Existenz des KiBiZ für Beitragsfreiheit und - solange diese nicht realisiert ist - für landesweit einheitlich sozial gestaffelte Elternbeiträge ein. Die unterschiedlichen Elternbeitragsatzungen, abhängig von der Finanzkraft der Kommune, sind höchst ungerecht und halten Familien von der Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung ab. Wir meinen die Chance eines Kindes auf einen Kitabesuch darf nicht vom Wohnort oder dem Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

### 3. Finanzierung

---

#### 19. Wie wollen Sie eine Transparenz im Finanzierungssystem gewährleisten?

Im neuen Kitagesetz auf Landesebene muss eine Transparenz der Mittelflüsse verankert sein. Dabei soll sichergestellt werden, dass die für den Personaleinsatz vorgesehenen Mittel auch dafür verwendet werden und nicht etwa in Rückstellungen fließen.

### 4. Landeselternbeirat der Kindertagesstätten

---

#### 20. Wie hat sich die Arbeit des Landeselternbeirats der Kindertagesstätten (LEB) in der letzten Legislaturperiode aus Ihrer Sicht entwickelt?

Der LEB ist schon seit längerem ein überaus wichtiger Akteur der Landespolitik, dessen Einmischung für die Belange der Kinder (die sonst keine Stimme haben) und Eltern für uns sehr wichtig sind. Gleiches gilt für die örtlichen Elternbeiräte. Obwohl wir das hohe ehrenamtliche Engagement aller Beteiligten überaus schätzen, wollen wir die Professionalisierung der Arbeitsstrukturen auf Landesebene unterstützen.

### 4. Landeselternbeirat der Kindertagesstätten

---

#### 21. Wie sehen Sie die zukünftige Rolle des LEB?

Die Beteiligung des LEB als Akteur bei politischen Entscheidungsfindungsprozessen (etwa durch Beratung und Einbezug bei politischen Positionsfindungen) wird von der LINKEN weiterhin begrüßt und ernstgenommen.

### 4. Landeselternbeirat der Kindertagesstätten

---

#### 22. Wie wollen Sie den LEB künftig unterstützen?

Wie es nötig ist, um weiterhin gute Interessensvertretungs-Arbeit leisten zu können.

### 4. Landeselternbeirat der Kindertagesstätten

---

#### 23. Welche Erwartungen haben Sie an den LEB?

### 4. Landeselternbeirat der Kindertagesstätten

---

#### 24. Die Elternbeiräte fordern eine klare gesetzliche Regelung ihrer Mitwirkungsrechte/Mitbestimmungsrechte. Wie kann die Arbeit der Elternbeiräte in den Einrichtungen und den Kommunen gestärkt werden?

DIE LINKE setzt generell auf eine stärkere Beteiligung/Mitbestimmung von Betroffenen in der Kinder- und Jugendhilfe. Dabei ist auf eine Austarierung der unterschiedlichen Interessen und Organisationskraft der Adressatinnen und Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe zu achten. Die im KiBiZ verankerten Mitwirkungsrechte müssen mit den Beteiligten evaluiert werden, um nötigenfalls eine rechtliche Klarstellung zu Strukturen und Kompetenzen von Elternbeiräten im neuen Kitagesetz zu realisieren.

### 4. Landeselternbeirat der Kindertagesstätten

---

#### 25. Bislang gibt es immer noch keine Klärung der juristischen Form der Gremien Jugendamtselternbeirat (JAEB) und Landeselternbeirat (LEB).

Wie kann nach Ansicht Ihrer Partei hier praktische Abhilfe geleistet werden und wie wollen Sie uns dabei unterstützen?

Siehe Antwort Frage 24.

#### **4. Landeselternbeirat der Kindertagesstätten**

---

**26. Die Jugendamtselternbeiräte fordern ein Stimmrecht im Jugendhilfeausschuss. Sind Sie ebenfalls dafür oder äußern Sie Ihre Bedenken.**

DIE LINKE NRW würde ein Stimmrecht in den kommunalen Jugendhilfeausschüssen begrüßen.